

Gespräch mit Frank Schäffler, MdB

Frank Schäffler gilt als kritischer Geist und unbequemer Vordenker innerhalb der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. Mit ihm wurde über die Themen geistige Freiheit, Migration, Energiepolitik mit dem Schwerpunkt Kernkraft, über „Gendergaga“ und über Christian Lindners legendären Satz „besser nicht regieren, als schlecht regieren“ gesprochen – bezogen auf die jetzige Koalition. Breiten Umfang des Gesprächs nahmen die Pläne von Minister Habeck ein, den Einbau neuer Gas- oder Ölheizungen ab 2024 gänzlich zu untersagen. Die Verbandsvertreter hoben hervor, dass Habecks Pläne für den Mittelstand weitreichende finanzielle Konsequenzen hätten, die bis hin zur Existenzvernichtung führen könnten. Frank Schäffler machte deutlich, dass er die BDS/BVMU-Argumente zu 100 Prozent teile und sagte zu, massiv innerhalb der eigenen Partei darauf zu drängen, dass es hier zu einer verträglichen Änderung innerhalb der Beschlussfassung der Koalition kommen müsse. Wie sich dann zeigte, war Schäffler die herausragende Persönlichkeit, die sich öffentlich gegen die Habeck-Pläne stellte und über Medien wie Bild auf Änderungen drängte, die letztlich dann auch teilweise innerhalb der Koalition umgesetzt wurden. Mit Frank Schäffler sprachen Anita und Joachim Schäfer.

Gespräch mit Julian Reichelt

Mit Ex-Bild-Chefredakteur Julian Reichelt wurde über seine geplante ambitionierte und emotionsgetriebene neue Medienmarke mit dem Schwerpunkt „Mittelstand“ gesprochen. Er möchte mit seinem YouTube-Kanal „Achtung Reichelt“ den Menschen das Gefühl geben, dass sie gehört werden, dass sie verstanden werden, dass jemand in ihrem Namen spricht und mit ihren Augen auf die Welt blickt, erläuterte Julian Reichelt seine Intentionen. Die Vorschläge der Verbandsvertreter, in seinem YouTube-Kanal auch Persönlichkeiten wie Professor Fritz Vahrenholt oder Frank Schäffler zu Wort kommen zu lassen, wurden erhört. Sowohl Fritz Vahrenholt als auch Frank Schäffler hatten später die Gelegenheit, ihre Position einer breiten Öffentlichkeit darzustellen.

Gespräch mit Klaus-Peter Willsch, MdB

Der CDU-Finanzexperte Klaus-Peter Willsch zählt zu den unbequemen Mahnern und Freigeistern innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mit ihm wurde über das geplante Gebäudeenergiegesetz der Ampelkoalition umfangreich diskutiert. Die BDS/BVMU-Vertreter machten deutlich, dass die Wärmepumpe nicht für alle Immobilien passe, sondern vielfach fünf- bis sechsstellige Eurosummen an Vorleistungen für Dämmung, Heizkörpertausch und Ähnliches erfordere. Willsch wurde gebeten, die Initiativen von Frank Schäffler zu unterstützen, damit es zu bürgerfreundlichen Änderungen im Gebäudeenergiegesetz komme, weil

die Bündnisgrünen, deren Handschrift das Gesetz maßgebend trage, die Lebenswirklichkeit der Menschen nicht kennen würden. Das hänge damit zusammen, dass die meisten grünen Politiker weder etwas gelernt hätten, vielfach in einer Großstadtblase lebten und mit der Lebenswirklichkeit der restlichen Bevölkerung nichts am Hut hätten, fanden die BDS/BVMU-Repräsentanten deutliche Worte.

Gespräch mit Dr. Peter Ramsauer, MdB

Der frühere Bundesverkehrs- und Bauminister Peter Ramsauer ist dafür bekannt, mit seiner Meinung nicht hinterm Berg zu halten und vielfach gegen den Strom zu schwimmen – auch in der eigenen Fraktion. Mit dem langjährigen Parlamentarier sprachen Anita und Joachim Schäfer über den Ausstieg aus der Kernenergie und die Flüchtlingspolitik, die nach Ansicht des Verbandes zu den katastrophalsten politischen Fehlern der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel gehörten. Peter Ramsauer machte deutlich, dass sich heute sein politisches Engagement vor allem gegen schwarzgrüne Gedankenspiele richte, wie sie leider in der Schwesterpartei CDU in großen Teilen anzutreffen seien. Er sehe nach wie vor die FDP als natürlichen Koalitionspartner an. Peter Ramsauer wurde ebenfalls gebeten, Frank Schäffler bei dessen Kampf gegen das Habecksche Gebäudeenergiegesetz zu unterstützen. Den Ball wolle er gern aufgreifen, sagte der CSU-Parlamentarier zu.

Gespräch mit Dr. Carsten Linnemann

Gesprächsschwerpunkt bei dem Gedankenaustausch zwischen CDU-Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann und Kuratoriumsvorsitzenden Friedhelm Ost sowie Janina Schäfer war die durch die Ampelkoalition beschlossene Erhöhung des Bürgergeldes.

Friedhelm Ost machte deutlich, dass es aus Sicht des Verbandes grenzwertig, wenn nicht gar ein Irrweg sei, das Bürgergeld so weit zu erhöhen, dass es für die unteren Lohngruppen nicht mehr interessant sei, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Eine Ansicht, die von Carsten Linnemann nach eigenen Worten uneingeschränkt geteilt wird, weil beim Bürgergeld nur noch das Fordern aber nicht mehr das Fördern im Vordergrund stehe.

Auf die Frage, ob die Union in Regierungsverantwortung das Bürgergeld in der jetzigen Form beibehalten werde, setzte Carsten Linnemann gegenüber den BDS/BVMU-Repräsentanten ein klares Signal: „Wir werden das Bürgergeld in der jetzigen Form wieder abschaffen.“

Für Friedhelm Ost ist auch das Thema Erbschaftssteuer von eminenter Bedeutung für die mittelständischen Personengesellschaften. Aus seiner Sicht seien die Pläne der CDU-Kommission „Wohlstand“ wenig sachgerecht. Die Kommission schlage eine Flat Tax von 10 Prozent vor, die aber



Frank Schäffler



Julian Reichelt



Klaus-Peter Willsch



Peter Ramsauer



Carsten Linnemann ▶